

Stand: 14.02.2025 21:27:27

Vorgangsmappe für die Drucksache 19/4148

"Öffentlich-rechtlicher Rundfunk: Reform statt nur Reförmchen"

Vorgangsverlauf:

1. Initiativdrucksache 19/4148 vom 28.11.2024
2. Plenarprotokoll Nr. 34 vom 28.11.2024
3. Beschlussempfehlung mit Bericht 19/4687 des WK vom 23.01.2025
4. Plenarprotokoll Nr. 40 vom 30.01.2025



Dringlichkeitsantrag

der Abgeordneten **Ferdinand Mang, Benjamin Nolte, Ulrich Singer** und **Fraktion (AfD)**

Öffentlich-rechtlicher Rundfunk: Reform statt nur Reförmchen

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, eine umfassende Reform des öffentlich-rechtlichen Rundfunks (ÖRR) auszuarbeiten und sich auf Bundesebene für deren Umsetzung einzusetzen. Das Konzept der Reform soll folgende Grundsätze beinhalten:

- Finanzierung: Der ÖRR wird über Steuermittel finanziert.
- Auftrag: Der Auftrag des ÖRR wird auf das verfassungsrechtliche gebotene Mindestmaß reduziert.
- Kostenkontrolle: Der Umfang der zur Auftragserfüllung notwendigen Mittel wird durch die Kommission zur Ermittlung des Finanzbedarfs (KEF) geprüft und festgelegt. Die Länderparlamente werden durch haushalterische Verpflichtungsermächtigungen verpflichtet, den Empfehlungen der KEF zu folgen.
- Neutralität: Der ÖRR hat neben dem Grundsatz der Objektivität und Unparteilichkeit auch den Grundsatz der Neutralität zu achten.
- Verbot der Manipulation:
 - Der Einsatz manipulativer Techniken, wie etwa musikalische Untermalung oder irreführende Darstellungen, ist zu unterlassen.
 - Es ist sicherzustellen, dass Akteure in Beiträgen (z. B. Bürgermeinungen) eindeutig gekennzeichnet und keine fiktiven Rollen verwendet werden.
- Rolle der Journalisten: Persönliche Meinungsäußerungen durch Journalisten, Redakteure und andere Mitarbeiter in Sendungen sind untersagt.
- Wirtschaftlichkeit und Sparsamkeit: Der ÖRR wird zu regelmäßigen Wirtschaftlichkeitsuntersuchungen und Sparsamkeit verpflichtet.

Begründung:

Der ÖRR bedarf dringender und umfassender Reformen. Der Finanzbedarf des ÖRR ist in den vergangenen Jahren kontinuierlich gestiegen. Den neusten Empfehlungen der KEF zur Folge seien für die Beitragsperiode 2025 bis 2028 pro Jahr 10.413,3 Mio. Euro notwendig, um den derzeitigen gesetzlichen Auftrag erfüllen zu können. Gegenüber dem Aufwand für 2021 bis 2024 ist dies eine Steigerung um 2.984,5 Mio. Euro. Diese abermalige Steigerung geht einher mit einer nach wie vor großen Unzufriedenheit der Bevölkerung mit dem Angebot des ÖRR. Dieser Unzufriedenheit liegen vielfältige Ursachen zugrunde: beispielsweise die zunehmende Ideologisierung des gesamten Programms sowie mangelnde Neutralität in der Berichterstattung. Die gesetzlich vorgegebene Staatsferne ist nicht gegeben. Stattdessen finden sich immer öfter Ausstrahlungen, welche die Zuschauer im Sinne der Regierung erziehen sollen. Es kommt zudem

immer häufiger vor, dass Beiträge mit persönlichen Meinungen von Journalisten des ÖRR zu besten Sendezeiten ausgestrahlt werden. Ob eine persönliche Meinung dabei gekennzeichnet ist oder nicht, spielt hierbei keine Rolle. Im Prozess der Meinungsbildung kommt dem ÖRR lediglich die Aufgabe der Bereitstellung von sachlichen Fakten zu, sodass sich die Bürger ihre eigene Meinung bilden können – ganz ohne betreutes Denken. Die Unzufriedenheit speist sich auch aus dem Umgang mit den vom Bürger erzwungenen Beitragsmitteln. Seien es Massagesessel, die sich das Führungspersonal gönnt oder die horrenden Bezüge der Intendanten: Der Umgang mit dem Geld der Beitragszahler ist verantwortungslos. Daher ist es unabdingbar, den Auftrag des ÖRR massiv zu reduzieren und auf das Wesentliche zu beschränken: auf eine vertrauenswürdige und neutrale Vermittlung von Informationen an die Bevölkerung sowie kulturelle Ereignisse. Die Einschränkungen des Auftrags würden zur Folge haben, dass ein schlanker Grundfunk nur noch einen Bruchteil der bisherigen Kosten verursachen würde. Ein weiteres Argument für ein solches Vorgehen ist, dass im Laufe dieser Reform die Inkassosparte des ÖRR überflüssig wird (ARD ZDF Deutschlandradio Beitragsservice). Nach derzeitigem Stand belaufen sich die Verwaltungskosten dieser „Einzugsbehörde“ allein auf über 182 Mio. Euro jährlich, welche in der Folge eingespart werden würden.

Ich möchte die Geduld der Mitglieder dieses hochgeschätzten Hohen Haus nicht weiter strapazieren.

(Zuruf von der CSU: Bravo! – Allgemeiner Beifall – Heiterkeit)

Bayern hat eine Speicherstrategie. Wir geben 100 Millionen Euro für die Kernfusion aus. Wir haben ein Forschungsprogramm für Energien. Wir sind gut aufgestellt. Wir brauchen uns nicht maßregeln zu lassen von Rot, von Grün oder sonst irgendwem. Ich wünsche einen schönen Feierabend. Danke für die Aufmerksamkeit. Dieser Antrag wäre abzulehnen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Sind Sie wirklich schon fertig, Herr Kollege Lausch? – Sie haben jetzt 9 Minuten 55 Sekunden hergeschenkt.

(Heiterkeit)

Die Anträge, die eben diskutiert wurden, werden dann in der nächsten Plenarsitzung abgestimmt. Das sind die Anträge auf den Drucksachen 19/4114, 19/4115, 19/4146 und 19/4147.

Die heute nicht behandelten Dringlichkeitsanträge gehen an die Ausschüsse: Die Anträge auf den Drucksachen 19/4116, 19/4148, 19/4117 und 19/4118 sowie die Dringlichkeitsanträge auf den Drucksachen 19/4119 mit 19/4121 werden in den jeweils federführenden Ausschuss verwiesen.

Danke für die engagierte Debatte. Die Sitzung ist geschlossen.

(Schluss: 18:03 Uhr)



Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Wissenschaft und Kunst

**Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Ferdinand Mang, Benjamin Nolte,
Ulrich Singer und Fraktion (AfD)**
Drs. 19/4148

Öffentlich-rechtlicher Rundfunk: Reform statt nur Reförmchen

I. Beschlussempfehlung:

Ablehnung

Berichterstatter: **Ferdinand Mang**
Mitberichterstatter: **Alex Dorow**

II. Bericht:

1. Der Dringlichkeitsantrag wurde dem Ausschuss für Wissenschaft und Kunst federführend zugewiesen. Der Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen hat den Dringlichkeitsantrag mitberaten.
2. Der federführende Ausschuss hat den Dringlichkeitsantrag in seiner 24. Sitzung am 4. Dezember 2024 beraten und mit folgendem Stimmresultat:
CSU: Ablehnung
FREIE WÄHLER: Ablehnung
AfD: Zustimmung
B90/GRÜ: Ablehnung
SPD: Ablehnung
Ablehnung empfohlen.
3. Der Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen hat den Dringlichkeitsantrag in seiner 49. Sitzung am 23. Januar 2025 mitberaten und mit folgendem Stimmresultat:
CSU: Ablehnung
FREIE WÄHLER: Ablehnung
AfD: Zustimmung
B90/GRÜ: Ablehnung
SPD: Ablehnung
Ablehnung empfohlen.

Prof. Dr. Michael Piazzolo
Vorsitzender

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Präsidentin Ilse Aigner

Präsidentin Ilse Aigner: Ich rufe den **Tagesordnungspunkt 2** auf:

Abstimmung

über Anträge, die gem. § 59 Abs. 7 der Geschäftsordnung nicht einzeln beraten werden (s. Anlage 1)

Sie kennen die Abstimmungsgrundlagen, die Sie in Ihren Unterlagen haben.

(Siehe Anlage 1)

Wer mit der Übernahme seines Abstimmungsverhaltens bzw. des jeweiligen Abstimmungsverhaltens seiner Fraktion entsprechend der endgültigen Abstimmliste einverstanden ist, den bitte ich um das Handzeichen. – Das scheint auch die CSU zu sein.

(Allgemeine Heiterkeit)

Es scheinen alle Fraktionen mit dem Abstimmungsverhalten einverstanden zu sein. Damit übernimmt der Landtag diese Voten.

Beschlussempfehlungen der Ausschüsse, die der Abstimmung über die nicht einzeln zu beratenden Anträge zugrunde gelegt wurden (Tagesordnungspunkt 2)

Es bedeuten:

- (E) einstimmige Zustimmungsempfehlung des Ausschusses
 (G) Zustimmungsempfehlung des Ausschusses mit Gegenstimmen
 (ENTH) Zustimmungsempfehlung des Ausschusses mit Enthaltungen
 oder
 Enthaltung einer Fraktion im Ausschuss
 (A) Ablehnungsempfehlung des Ausschusses oder
 Ablehnung einer Fraktion im Ausschuss
 (Z) Zustimmung einer Fraktion im Ausschuss

Anträge

1. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Gabriele Triebel u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
 Ombudsstelle für Inklusion in der Bildung
 Drs. 19/3886, 19/4592 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
 Bildung und Kultus

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

2. Antrag der Abgeordneten Franz Schmid, Elena Roon, Roland Magerl u.a. und Fraktion (AfD)
 Anpassung des Kindergeldes für nicht in Deutschland lebende Kinder an ausländische Lebenshaltungskosten
 Drs. 19/3892, 19/4585 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
 Arbeit und Soziales, Jugend und Familie

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

3. Antrag der Abgeordneten Nicole Bäumler, Dr. Simone Strohmayer, Holger Grießhammer u.a. SPD
Prüfungsarchiv den Schülerinnen und Schülern zur Verfügung stellen!
Drs. 19/3900, 19/4593 (A)

Über den Antrag wird gesondert beraten.

4. Antrag der Abgeordneten Rene Dierkes, Martin Böhm, Dieter Arnold u.a. und Fraktion (AfD)
Temporäre humanitäre Aufenthalte in Deutschland nicht als „gewöhnlichen Aufenthalt im Inland“ im Sinne des Einbürgerungsrechts werten
Drs. 19/3906, 19/4589 (A)

Über den Antrag wird gesondert beraten.

5. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Sanne Kurz u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Antisemitismus in staatlichen Kultureinrichtungen entschlossen entgegentreten – Handlungsstrategien entwickeln!
Drs. 19/3908, 19/4597 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Wissenschaft und Kunst

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

6. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Martin Stümpfig u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN), Holger Grießhammer, Volkmar Halbleib, Anna Rasehorn u.a. und Fraktion (SPD)
Bayern klimaneutral 2040 – Anhörung zur Wärmestrategie der Staatsregierung
Drs. 19/3929, 19/4591 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Wirtschaft, Landesentwicklung, Energie, Medien und Digitalisierung

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

7. Antrag der Abgeordneten Petra Guttenberger, Holger Dremel, Bernhard Seidenath u.a. CSU, Florian Streibl, Felix Locke, Martin Scharf u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
 Illegales Glücksspiel – Spielerschutz weiter ausbauen
 Drs. 19/3930, 19/4590 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
 Verfassung, Recht, Parlamentsfragen und Integration

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

8. Antrag der Abgeordneten Katja Weitzel, Dr. Simone Strohmayer, Nicole Bäumlner u.a. SPD
 Umsetzung einer nachhaltigen Strategie gegen Antisemitismus an den bayerischen Hochschulen
 Drs. 19/3969, 19/4598 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
 Wissenschaft und Kunst

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

9. Antrag der Abgeordneten Jörg Baumann, Richard Graupner, Stefan Löw und Fraktion (AfD)
 Linker Terror in und aus Bayern – Welche Informationen zur Hammerbande liegen vor?
 Drs. 19/4032, 19/4582 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
 Kommunale Fragen, Innere Sicherheit und Sport

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

10. Antrag der Abgeordneten Holger Dremel,
Prof. Dr. Winfried Bausback, Thomas Huber u.a. CSU,
Florian Streibl, Felix Locke, Dr. Martin Brunnhuber u.a.
und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Kinder und Jugendliche schützen: Anforderung eines
umfassenden Berichts zur aktuellen Lage bei Sexualdelikten
Drs. 19/4101, 19/4583 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Kommunale Fragen, Innere Sicherheit und Sport

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

11. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Klaus Holetschek,
Michael Hofmann, Prof. Dr. Winfried Bausback u.a. und Fraktion (CSU),
Florian Streibl, Felix Locke, Prof. Dr. Michael Piazolo u.a.
und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Reformen des öffentlich-rechtlichen Rundfunks vorantreiben,
Beitragsstabilität wahren, Mitwirkung der Landesparlamente sichern
Drs. 19/4116, 19/4599 (G)

Über den Antrag wird gesondert beraten.

12. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Florian Streibl, Felix Locke,
Bernhard Heinisch u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER),
Klaus Holetschek, Michael Hofmann,
Prof. Dr. Winfried Bausback u.a. und Fraktion (CSU)
Für ein weiß-blaues Fest der Völkerverständigung und des Sports:
Olympia 2040 in Bayern
Drs. 19/4117, 19/4584 (ENTH)

Votum des federführenden Ausschusses für
Kommunale Fragen, Innere Sicherheit und Sport

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/> ENTH	<input checked="" type="checkbox"/>

13. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Holger Gießhammer,
Katja Weitzel, Volkmar Halbleib u.a. und Fraktion (SPD)
Gute Arbeitsbedingungen für studentische Beschäftigte schaffen
Drs. 19/4120, 19/4688 (A)

Über den Antrag wird gesondert beraten.

14. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Mia Goller u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Anhörung zu den Chancen für Familien, Land- und Hauswirtschaft in Bayern durch ein landesfinanziertes Bio-Mittagessen in Grundschulen
Drs. 19/4124, 19/4682 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Ernährung, Landwirtschaft, Forsten und Tourismus

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

15. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Ferdinand Mang, Benjamin Nolte, Ulrich Singer und Fraktion (AfD)
Öffentlich-rechtlicher Rundfunk: Reform statt nur Reförmchen
Drs. 19/4148, 19/4687 (A)

Über den Antrag wird gesondert beraten.